

Protokoll der SprecherInnen-Ratssitzung vom 15. September 2012

Bericht vom letzten Bundestreffen:

Im Mittelpunkt stand ja im weitesten Sinn die Jugendarbeit der Gewerkschaften. Aus Baden-Württemberg waren drei Kolleginnen und Kollegen dabei. Zentrales Thema war, dass die Arbeitgeber keine Lücke auslassen, sich um eine unbefristete Übernahme zu drücken. Ein Ergebnis war auch, dass die nächste Ausgabe der b&g-Zeitung von den Jugendlichen gestaltet wird. Das kann ein Baustein zur Hilfe bei der Mitgliedergewinnung werden, gerade bei jungen Beschäftigten.

Zur Mitgliederversammlung am 13. Oktober 2012:

- Heinz Bierbaum hat zugesagt.
- Bis dahin sollen die ausgemachten Papiere zu den einzelnen Themenbereiche vorliegen, an der bereits besprochenen Konzeption der Versammlung wird nichts verändert.
- Die Mitgliederversammlung soll darüber befinden, ob wir 2013 an einem Wochenende das Markelfinger Jugendcamp des DGB mit einer inhaltlichen Veranstaltung belegen.

Zur Satzungsdiskussion bzgl. der Beschneidung des Stimmrechts der Arbeitsgemeinschaften in den Gremien und Parteitag:

Der BundessprecherInnenrat wird einen Brief an die Vorsitzenden schreiben. Der LandessprecherInnenrat hat zu diesem Thema *mehrheitlich* die Meinung, dass die Rechte der AGs nicht beschnitten werden dürfen, steht also hinter diesem Brief.

Ferner:

Im Bereich der Uniklinika werden gerade Wahlversprechen von Grün-Rot gebrochen: Es wird mit massiven Ausgliederungs-Drohungen agiert, was Grün-Rot im Wahlkampf ausgeschlossen hatte.

Die Bundestagsfraktion macht nicht in dem Umfang wie gewollt dezentrale Betriebsrätekonferenzen. Eine jedoch in Baden-Württemberg.

Es wird festgestellt, dass gravierend auffällig ist, dass politisches Reden und Handeln im Moment im Bereich der Pflege sehr weit auseinanderklafft. Einerseits wird vorgegeben, händeringend nach Pflegepersonal zu suchen. Andererseits hinkt die Ausbildung, wird zunehmend mit Leiharbeit gearbeitet, und ein unbefristeter Job ist in diesem Bereich gleich gar nicht zu bekommen. Geschweige denn eine angemessene Bezahlung.

Protokoll
Stefan Dreher